

Zur Realisierung dieser Absicht waren dem Gegner die Aktivitäten des mehrfach Verurteilten [REDACTED] ein besonders geeignetes Mittel. Dieser hatte auf den nach der BRD verbrachten Kassibern an den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie an die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid gerichtete "Petitionen" gefertigt, in denen er unter anderem behauptete, daß in der DDR jede Regung, die von der "proklamierten Doktrin abweiche, mit Hilfe von Terrorgesetzen barbarisch geahndet werde und mit Knast und vielfältigen Repressalien verbunden sei". Wie er des weiteren vorgab, reiche bereits die Äußerung einer Meinung aus, um in Haft zu gehen und die DDR würde die Schlußakte der KSZE, besonders in humanitären Fragen mit allen Mitteln unterlaufen. In diesem Zusammenhang forderte [REDACTED], mit den "Kreml-Führern" und ihren "Ostzonalen Satelliten" keine Verträge und Abkommen mehr abzuschließen und sich für die "ausreisewilligen politischen Gefangenen", die noch in diesen "Mauern schmachten", wirkungsvoll einzusetzen. Nachdem Ortlepp durch Vermittlung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Gießen Anfang Dezember 1980 mit dem Vorsitzenden des Vereins "Hilferufe von drüben e. V." Claßen in Verbindung gekommen war, erschien in der Publikation des Vereins "Der schwarze Brief" - Dokumentation 51/80 vom 13. 12. 1980, eine Kurzfassung der als "Hilferuf aus dem Zuchthaus Cottbus" deklarierten Petition. Unmittelbar darauf kam es zum Treffen zwischen [REDACTED] und den Moderatoren des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) Löwenthal, Schenk und Kamphausen sowie durch die Vermittlung Löwenthals mit den Vorstandsmitgliedern der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e. V." Agrusow, Dr. Gnauck und Dr. Rothenbacher sowie zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Vorsitzenden der "Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V." Dr. Hildebrandt. Allen übergab er Exemplare der sogenannten Petition und erklärte sich zur Mitwirkung bei der Publizierung dieser bereit.

Am 17. 12. 1980 trat [REDACTED] in der von Löwenthal moderierten Sendung des ZDF-Magazins "Hilferufe von drüben" gegen ein Handgeld im Zusammenhang mit der Propagierung des "Hilferufs aus Cottbus" mit der üblen Verleumdung auf, die Politik der DDR-Regierung sei eine Infamie, der noch durch Verträge Vorschub geleistet werde. Insgesamt wurde [REDACTED] im Zeitraum von Dezember 1980 bis März 1981 in 6 Vorträgen sowie in 14 Fällen als Interviewpartner in Rundfunk- und Fernsehsendungen des "RIAS", "SFB", des ZDF, der Springerpresse sowie des "Spiegels" mit hetzerischen Ausfällen gegen die DDR, verbunden mit Forderungen zur Unterstützung der "politischen Gefangenen" in der DDR tätig.

Außerdem wandte er sich in Abstimmung mit den Feindorganisationen an Regierungen und Repräsentanten mehrerer westlicher Staaten, den "Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte" in Den Haag und Straßbourg, die UNO sowie an die "Menschenrechtskommission" in Genf mit der Forderung, auf die DDR-Regierung Druck auszuüben und für die "Befreiung der politischen Häftlinge" zu wirken.

Auf die umfassende Vermarktung des [REDACTED] bezugnehmend traten in der Folgezeit weitere Feindeinrichtungen der BRD mit analogen vor allem an die Regierung der BRD und internationale Gremien gerichtete-